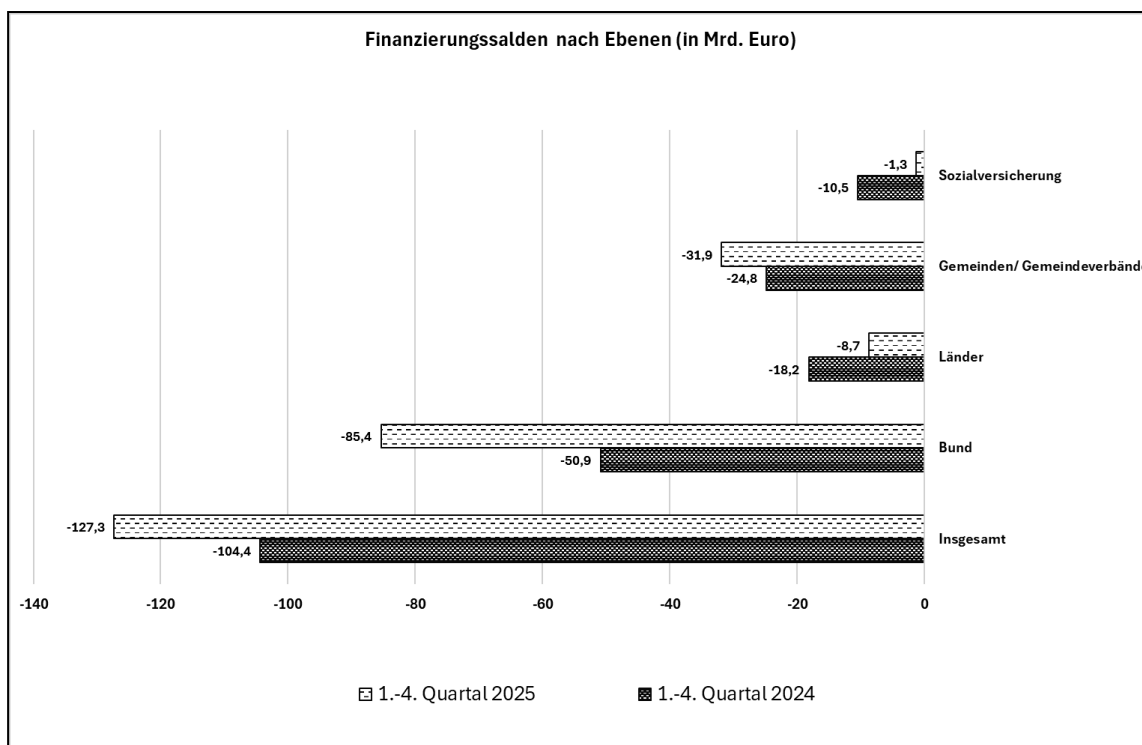




Kommunales Finanzierungsdefizit 2025 von 31,9 Mrd. Euro verdeutlicht zunehmende strukturelle Schieflage und zeigt Notwendigkeit für Soforthilfen

Die finanzielle Lage der Kommunen hat sich in den vergangenen Jahren nicht nur verschlechtert, sondern strukturell verfestigt. Es entwickelt sich zunehmend eine dauerhafte Unterfinanzierung mit systemischen Risiken für die kommunale Selbstverwaltung. Aktuelle Zahlen unterstreichen diese Entwicklung, die kommunalen Haushalte stehen vielerorts am Rande der Handlungsunfähigkeit. Kommunalhaushalte geraten flächendeckend in eine **strukturelle Schieflage**.

Die am 07.04.2026 vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Daten zum öffentlichen Finanzierungsdefizit 2025 verdeutlichen, dass der Öffentliche **Gesamthaushalt** 2025 6,0 % mehr ausgegeben und 5,2 % mehr eingenommen hat als 2024. Einnahmen von rund 2.081 Mrd. Euro standen Ausgaben von rund 2.208 Mrd. Euro gegenüber. Die Kern- und Extrahaushalte von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung schlossen mit einem Finanzierungsdefizit von 127,3 Mrd. Euro ab. Das Defizit war 22,9 Mrd. Euro höher als 2024 und erreichte das Niveau des Energiekrisen-Jahres 2022. Während damals jedoch einzig der Bund ein außerordentlich großes Defizit aufzeigte, standen 2025 nun alle Ebenen im Minus.



Quelle: SGSA anhand Daten von Destatis

Die Einnahmen blieben beim **Bund** nahezu unverändert (+0,6 % auf 572,6 Mrd. Euro), während die Ausgaben um 6,1 % auf 658,0 Mrd. Euro stiegen. Das ergibt für den Bund ein Defizit von 85,4 Mrd. Euro. Im Vergleich zu 2024 hat sich die Finanzierungslücke beim Bund um 34,5 Mrd. Euro vergrößert. Hierin spiegelt sich auch die politische Entscheidung, zur Ausgabenfinanzierung des Bundes stärker auf Schuldenaufnahmen zurückzugreifen. Dies führte zu den

„Bereichsausnahmen“ im Bundeshaushalt und den komplett kreditfinanzierten Extrahaushalten für Bundeswehr sowie Infrastruktur und Klimaschutz.

Die Einnahmen der **Länder** stiegen um 5,2 % auf 572,1 Mrd. Euro, die Ausgaben um 3,3 % auf 580,8 Mrd. Euro, das Defizit betrug 8,7 Mrd. Euro. Gut drei Viertel dieses Defizits vereinten allein die Stadtstaaten auf sich. Ein Überschuss ergab sich in Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Bayern (mit dem höchsten Plus von 1,5 Mrd. Euro). Während Bund und Gemeinden mit wachsenden Finanzierungslücken konfrontiert sind, konnten Länder ihre Defizite um 9,5 Mrd. Euro reduzieren.

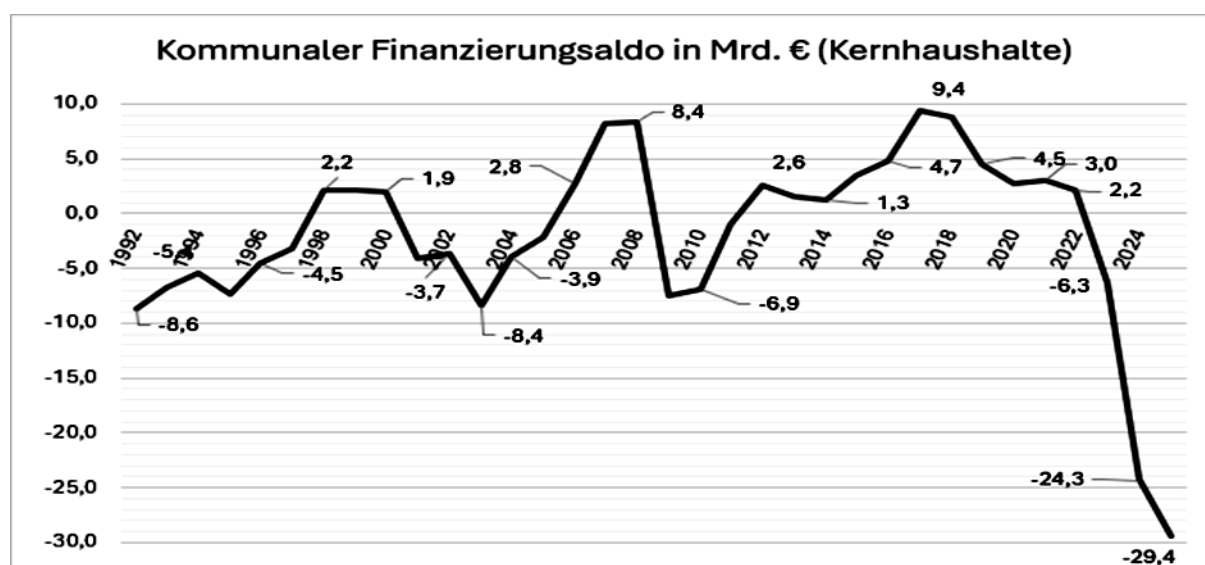
Die hohen Defizite bei den Stadtstaaten spiegeln sich in den Flächenländern auf der Ebene der **Kommunen**. Hier ging die Einnahmen-Ausgaben-Schere noch weiter auseinander als 2024. Ein Einnahmewachstum um 4,1 % auf 391,4 Mrd. Euro (Kern- und Extrahaushalte) und ein Ausgabewachstum um 5,6 % auf 423,3 Mrd. Euro ergaben ein Defizit von 31,9 Mrd. Euro.

Integrierte vierteljährliche Kassenergebnisse der Gemeinden und Gemeindeverbände

Am 07.04.2026 hat das Statistische Bundesamt auch detaillierter Zahlen zur Entwicklung der Kommunalhaushalte im vergangenen Jahr veröffentlicht. Als Anlage zu diesem Beitrag haben wir die Übersichten von Destatis „*Integrierte vierteljährliche Kassenergebnisse der Gemeinden und Gemeindeverbände*“ und „*Vierteljährliche Kassenergebnisse der kommunalen Haushalte/Eckwerte der Gemeinden/Gv. nach Ländern, Kernhaushalte*“ veröffentlicht.

Betrachtet man nur die **kommunalen Kernhaushalte** weisen diese für **2025** ein Rekorddefizit in Höhe von 29,36 Mrd. Euro auf (Kern- und Extrahaushalte -31,9 Mrd. Euro). Im Vergleich zum Vorjahr fiel der negative Finanzierungssaldo damit nochmals um 5,1 Mrd. Euro schlechter aus.

Die nachfolgende Grafik des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) zeigt die historische Dimension der kommunalen Finanzmisere. Ursächlich ist die Entkopplung der Ausgaben- von der Einnahmeentwicklung. Das moderate Einnahmepplus von 3,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr konnte auch im vergangenen Jahr nicht mit der Ausgabenentwicklung i. H. v. 5,1 Prozent mithalten.



Quelle: DStGB 2026

Die **kommunalen Sozialausgaben** stiegen um 6,0 Prozent. Defizittreiber waren dabei vor allem die sozialen Leistungen, für die es von Bund und Land kaum Kompensation gibt. So wuchsen die Ausgaben für die Eingliederungshilfen nach SGB IX auch im vergangenen Jahr zweistellig auf nunmehr 25,2 Mrd. Euro an. Diese Ausgaben werden in Sachsen-Anhalt durch das Land getragen. Die Ausgaben zur Kinder- und Jugendhilfe nach SGB VIII stiegen um 1,6 Mrd. Euro (+8,8 %) auf 20,0 Mrd. Euro. Rückläufig waren hingegen die Ausgaben für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (-10,9 % auf 3,4 Mrd. Euro).

Ebenfalls kräftig war der Anstieg bei den **Personalausgaben** mit +6,0 Prozent auf 89,54 Mrd. Euro infolge wirksam gewordener Tarifsteigerungen sowie aufgrund erhöhten Personalbedarf infolge erweiterter Aufgaben.

Angesichts der Zinswende sowie des enormen zusätzlichen Bedarfes an Fremdkapital verwundert der weiterhin zweistellige Anstieg der **Zinsausgaben** um 13,5 Prozent auf 3,65 Mrd. Euro nicht. Die Sachinvestitionen sind um 3,0 Prozent auf 45,8 Mrd. Euro angestiegen (davon 35,53 Mrd. Euro Baumaßnahmen).

Auf der **Einnahmeseite** war wie im Vorjahr der Anstieg bei den Einnahmen aus Verwaltungs- und Benutzungsgebühren am höchsten (+5,5 % auf 25,7 Mrd. Euro). Beim Steueraufkommen gab es mit +3,4 Prozent auf 391,4 Mrd. Euro wieder ein stärkeres Plus, was vor allem auf die Einkommensteuer zurückzuführen ist. Hier stieg der gemeindliche Anteil um 7,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr an. Beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer waren es +4,3 Prozent, während die Einnahmen aus Gewerbesteuer (netto) mit +1,0 Prozent nur minimal wuchsen. Das Grundsteueraufkommen (Flächenländer) blieb im Jahr des Wirksamwerdens der Grundsteuerreform unverändert bei 14,5 Mrd. Euro.

Die **kommunalen Finanzierungssaldi**¹ sind in allen Ländern negativ, die Ausprägung ist jedoch unterschiedlich. Dies verdeutlicht die im Anlagenteil abgebildete Übersicht „*Vierteljährliche Kassenergebnisse der kommunalen Haushalte/Eckwerte der Gemeinden/Gv. nach Ländern, Kernhaushalte*“. Der kommunale Finanzierungssaldo belief sich 2025 z. B. in Nordrhein-Westfalen auf -9.306,6 Mio. Euro, in Baden-Württemberg auf -4.324,7 Mio. Euro, in Brandenburg auf 827 Mio. Euro und in Sachsen-Anhalt -326,1 Mio. Euro. Deutlich wird auch, dass in den meisten Ländern der negative Finanzierungssaldo gegenüber 2024 angestiegen ist; z. T. sehr deutlich. In Sachsen-Anhalt ist dieser leicht gesunken; jedoch haben hier bei gebietsgruppenscharfer Betrachtung deutliche Verschiebungen stattgefunden.

Forderung nach Soforthilfen des Bundes und der Länder

Die kommunalen Haushalte befinden sich flächendeckend in einer strukturellen Unterfinanzierung – mit gravierenden Folgen für Investitionen, Daseinsvorsorge und die Akzeptanz staatlichen Handelns vor Ort. Das untermauern die aktuellen Zahlen deutlich.

¹ Die Ermittlung des Finanzierungssaldos in der Bundestatistik unterscheidet sich von der Ermittlung des Saldos der Finanzrechnung in der Kassenstatistik des Statistischen Landesamtes. So bleibt die Nettokreditaufnahme bei der Ermittlung des Finanzierungssaldos auf Bundesebene außen vor bzw. wird quasi nachrichtlich erwähnt (siehe Übersicht „*Vierteljährliche Kassenergebnisse der kommunalen Haushalte/Eckwerte der Gemeinden/Gv. nach Ländern, Kernhaushalte*“ im Anlagenteil), während diese in die Ermittlung des Saldos der Finanzrechnung in der Kassenstatistik des Statistischen Landesamtes einbezogen wird.

Nachdem die Rücklagen vieler Kommunen vollständig aufgezehrt sind, drohe nun ein drastischer Anstieg der Kassenkredite, eine Zins-Schulden-Spirale und ein weiterer Einbruch kommunaler Leistungen und der Investitionen in Schulen, Straßen und soziale Einrichtungen. So können die Kommunen als Rückgrat des Staates ihre Aufgaben nicht dauerhaft erfüllen. Das führe zu einem bedrohlichen Akzeptanzverlust bei der Bevölkerung und gefährde unterm Strich die Demokratie. Die kommunalen Spitzenverbände betonten, dass die Hauptursache in ungebremst steigenden Pflichtausgaben, insbesondere im Sozialbereich, verbunden mit Personal- und Sachkostensteigerungen liegen – ohne dass Kommunen auf die Dynamik maßgeblich Einfluss nehmen könnten.

So weise z. B. der Bereich der Kinder- und Jugendhilfe jährliche Steigerungsraten um die 10 % aus. Mit der Hilfe zur Pflege, die in den letzten zwei Jahren Steigerungen von über 20 % hatte, lauert der nächste Sprengsatz für die Kommunalhaushalte. Daher ginge es aus kommunaler Sicht nicht nur darum, den Sozialstaat transparenter, digitaler und unbürokratischer zu machen, sondern auch darum, die exorbitanten Ausgaben und ihre viel zu hohe Dynamik zu begrenzen. Die Kommunen sind bereit, auch ernsthafte Reformen in den sozialen Sicherungssystemen mitzutragen.

Fest steht zudem, dass weder kommunale Konsolidierungsmaßnahmen allein, noch das erhoffte Wirtschaftswachstum ausreichen werden, um die strukturellen Defizite zu beheben. Im Gegenteil: Ohne Hilfe von Bund und Ländern dürften diese schon in diesem Jahr auf mehr als 35 Mrd. Euro anwachsen.

Angesichts dieser sich dramatisch zuspitzenden Finanzlage der Kommunen fordern Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund und Deutscher Landkreistag wiederholt Bund und Länder zum sofortigen Handeln auf, um das wachsende kommunale Rekorddefizit zu stoppen und die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu sichern.

Bund und Länder müssen unverzüglich Maßnahmen ergreifen, um das Rekorddefizit von über 30 Mrd. Euro auszugleichen und den Kommunen wieder Luft zum Atmen und Gestalten zu verschaffen. Eine Möglichkeit wäre, den kommunalen Anteil an der Umsatzsteuer so schnell wie möglich und befristet um 10 Prozentpunkte anzuheben. Eine andere wäre, die Kosten für soziale Leistungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen fairer zu verteilen.

(Quelle: Destatis Pressemitteilung Nr. 117 vom 07.04.2026, DStGB, SGSA)

KNSA 137/2026 vom 28.04.2026 jl-ru